

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Abonnements und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (bei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18600
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 15 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die normal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum (13,5 Zeilen, 34 Spalten) 20 RM für die Restameile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Bismarckstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 25. März 1930

Nummer 71

Die Dresdner Elektrizitätsarbeiter wählen rot

Roter Sieg im Westkraftwerk — Um den Sieg der roten Liste: Heute Straßenbahner, morgen Höntsch & Co. am Freitag
Seidel & Naumann

Dresden, den 25. März 1930.

In der gestrigen Wahl im Westkraftwerk des Dresdner Elektrizitätswerkes erhielten

Opposition 229 Stimmen
Reformisten 221 Stimmen

Diese Abstimmung ist nur ein Teilergebnis, das schon eine Mehrheit für die Opposition brachte. Heute ist im Westkraftwerk die Fortsetzung der Abstimmung, morgen in Neustadt, am Donnerstag wird in Bühlau und Freitag in Lohsewitz als Schluss gewählt. Die revolutionäre Opposition muß alle Kräfte anspannen, um der verlogenen Agitation der SPD entgegenzutreten. Als Antwort auf die 27 Auszuschließungen muß eine Massenmobilisierung der Elektrizarbeiter erfolgen für die rote Liste.

Der Siegeszug der roten Listen muß vervollständigt werden bei den heutigen Wahlen der Straßenbahner, morgen bei Höntsch & Co.,

Niederseidlich, und Freitag bei Seidel & Naumann.

Zur Wahl bei Wünsch's Erben

Bei Hermann Wünsch's Erben, Ebersbach, verlief die Opposition nicht, wie wir irrtümlicherweise berichteten, 400 Stimmen, sondern sie hatte im vorigen Jahr 400 Stimmen auf sich vereint und verlor somit nur ca. 100 Stimmen. An der prinzipiellen Schlussfolgerung, daß erstere Arbeit erforderlich ist, ändert das nichts.

Roter Vormarsch bei Bemberg

Bei den Betriebsratswahlen in der weltbekannten J. B. Bemberg im Wuppertal erreichte die rote Einheitsliste gegenüber 600 Stimmen im Vorjahre diesmal 903 Stimmen. Die Stimmenzahl der Reformisten ging von 1600 auf 1316 zurück. Der Erfolg ist um so höher, als im Laufe des letzten Jahres ca. 30 Prozent der Belegschaft, zum größten Teil oppositionelle Arbeiter, entlassen wurden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewann den Reformisten zwei Mandate ab.

Von der SPD zur KPD

Heute abend 20 Uhr spricht der ehemalige SPD-Redakteur, Gen. Schwalbe, vor den Dresdner Arbeitern. Insbesondere die SPD-Arbeiter sind eingeladen. Darum gilt ihr alle die Parole:

Heute abend zum „Reichsbanner“!

Fünf Millionen in Tarifbewegungen

Was ist die Aufgabe der Gewerkschaftsopposition?

In den Monaten von März bis September laufen in diesem Jahre Tarifverträge für etwa 5 Millionen Arbeiter ab. Nicht weniger als 2 Millionen setzen schon heute in tariflichen Bewegungen. Am Waage werbe sind es 1.300.000 Arbeiter, deren Tarifverträge abgelaufen sind. Vor drei Tagen haben die sächsischen Metallindustriellen die Tarife für 200.000 Metallarbeiter gekündigt. In der graphischen Industrie wird jetzt ein neuer Manteltarif für über 200.000 Arbeiter vereinbart. Viele Zehntausende sächsischer Arbeiter haben vor Ablauf neuer Verträge. In der Wäulerei Ludwigsdrick befinden sich 35.000 Weber in einer Arbeitszeitbewegung, auch in einigen anderen Bezirken sind Tarifverträge abgelaufen.

Am 30. April laufen die Tarifverträge für das gesamte Sachsen mit über 350.000 Textilarbeitern ab. In den nächsten Monaten ist die Kündigung fast aller Tarife der Chemieindustrie fällig. Die Berg- und Hüttenarbeiter und die Berliner Metallarbeiter in den WSM-Betrieben sind im September an der Reihe.

Die Unternehmer verhehlen nicht ihre Absicht: in verschiedenen Denkchriften, in Presseartikeln, in den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern erklären sie offen und brutal: „Die 20hne müssen abgebaut werden.“ In Essen forderten die Bauunternehmer einen Abbau von 10 Pfennig für die Maurer und 6 Pfennig für die Tiefbauarbeiter. In der Grenzmark stellen sie die Forderung auf, die Löhne der Facharbeiter sollen von 1,15 Mark auf 1 Mark die Stunde gekürzt werden. Dasselbe in Baden und in Berlin. In einem ausführlichen Schreiben an das Ministerium begründen die sächsischen Metallunternehmer lang und breit ihren zynischen Standpunkt auf Herabsetzung der Lohnsätze.

Die Schlichtungsmaschine lauert schon wieder auf ihre Opfer. Wie von Köln berichtet wird, sind dort durch Schlichtung durch die Bauarbeiterlöhne für das Verbandsgelände Rheinland bis 31. März 1931 ohne Änderungen verlängert worden. Die Schlichtungspraxis werden bestenfalls die Hungerlöhne auf weitere Jahre stilllegen, ungeachtet der Massenbesetzungen durch neue Forderungen und Steuern, trotz der Verteuerung des Brotes, Biers, Kaffees und aller übrigen Lebensmittel.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist in diesem Jahre dabei, den Schlichtern ihre Arbeit zu ersparen. In Dortmund wurde ein Aufruf veröffentlicht, unterzeichnet von der Baugewerkschaft Dortmund, Zentralverband der Zimmerer, Zentralverband sächsischer Bauarbeiter, vom Reichsverband industrieller Bauunternehmungen und von der Zwangsinnung für das Baugewerbe, in dem erklärt wird, das gesamte Baugewerbe befinde sich in der größten Notlage, die Arbeiterkraft und die Öffentlichkeit müde daraus die Konsequenzen ziehen. Der sächsische Textiltarif wird von den Reichs- und Sachverständigen im Textilarbeiterverband nicht gekündigt. Julemann deutet schon jetzt an, daß er den Tarif für den Ruhrbergbau nicht zu kündigen geseit ist.

Diese Praxis der unethischen Liebesdienste für die Unternehmer, des zynischen Verzichtes, auch nur zum Schein Forderungen aufzustellen, bricht sich allmählich Bahn unter der Gewerkschaftsbürokratie und erhält sogar eine theoretische Fundierung. Die herrschende Lohntheorie der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die noch immer wöchentlich in 5 Millionen Exemplaren Verbandszeitungen den deutschen Arbeitern vorgelegt wird, die sogenannte Lohntheorie der „Lohntheorie“, verläßt sich auf die „Lohntheorie“ und zusammen mit ihm die üblichen Gewerkschaftstheorien, hat bekanntlich der Aufhebung, daß es an sich im Interesse der Unternehmer selbst liegt, die Löhne der Arbeiter zu steigern und damit die Konkurrenz für die erzwungenen Waren zu erhöhen.

Ein neuer Stern geht auf in dem sozialdemokratischen Himmel auf: der sozialdemokratische Professor Selim von Hamburg.

Die Reichsregierung wird ermächtigt...

zum Abbau der sozialen Leistungen, Verstärkung der Kriegsrüstungen usw.

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Während der Reichstag gestern eine 500-prozentige Erhöhung der Zölle beschloß, hat der Reichsrat gestern den Notetat für 1930 und die berichtigte Finanzreform angenommen.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, von April bis Ende Juli die notwendigen Ausgaben zu leisten. Ein Viertel der für 1929 bewilligten Beiträge wird hierzu zur Verfügung gestellt.

Der erste Artikel der Finanzreform ermächtigt den Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die Beiträge bis auf 4 Prozent zu erhöhen und der Reichsregierung sogenannte Reformvorschlüge, d. h. Befreiung von „Mißständen“.

weiteren Abbau der Leistungen, zu empfehlen. Wird in der Reichsanstalt keine Einigung erzielt, so ist die Reichsregierung ermächtigt, von sich aus eine Beitragserhöhung vorzunehmen. Ferner wird der Reichsanstalt ein Betrag von 50 Millionen aus dem Lohnsteueraufkommen zugeführt, soweit die Lohnsteuer mehr als 1425 Millionen einbringt. Das ist ein Teil der Beiträge, auf die die Arbeiter bisher ein Recht auf Rückzahlung hatten.

Artikel 2 bestimmt, daß die aus den Zöllen an die Invalidenversicherung jährlich zu überweisenden 40 Millionen Mark um die Hälfte gekürzt werden, also ein weiterer Abbau der Sozialversicherung. Drittens wird der Finanzminister beauftragt, gemeinsam mit dem Reichsparlamentarier ein langfristiges „Sparprogramm“ aufzustellen, das die Grundlage für die dem Volk versprochene Steuererleichterung und die weitere Entlastung der Sozialausgaben sicherstellt. 810 Millionen Mark sollen auf diese Weise im nächsten Jahr eingespart werden. Während der Notetat der Regierung im allgemeinen nur ein Viertel der Mittel für 1929 bewilligt, wird zur Förderung des Aufwertes, also zur Verstärkung der Kriegsrüstungen, ein Drittel der im neuen Etat vorgesehenen Mittel bewilligt. Gegenüber 1929 werden für die Luftfahrt statt 34 Millionen jetzt 38 Millionen Mark gefordert.

Der Reichsfinanzminister hat die Reichsfinanzkommission der Regierungsparteien zu einer Besprechung für Dienstag vormittags geladen, nachdem gestern schon die Volkspartei und das Zentrum miteinander verhandelt haben.

Zwei SPD-Parteitage und drei „linke“ Manöver

„Austritt aus der Reichsregierung“

Dresden, den 25. März.

Die am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitage der SPD in Widau-Plauen und Erzgebirge-Boigt land wurden offensichtlich unter dem starken Druck der sozialdemokratischen Arbeiterkraft. Entsprechend war auch die Regie der „linken“ Führer ganz auf „linke“ Manöver eingestellt. Die Parteiführer setzten sich zwischen Chemnitz und Widau nur in der Entscheidung zur Reichspolitik. Während man

den Regierungsaustritt von der Annahme eines sogenannten Minimalprogramms abhängig machte, forderte man hier den sofortigen Austritt aus der Reichsregierung. Inzwischen sind jedoch, wenigstens zum großen Teil, jene maßgeblichen Geister, die den Regierungsaustritt begründen wollen, im Reichsrat verabschiedet (siehe obige Meldung). Die sozialdemokratischen Minister werden weiterhin in der Reichsregierung bleiben und die „Linken“ werden den SPD-Arbeitern weiterhin erklären, daß die SPD die einzige revolutionäre Kraft des Proletariats sei, an deren politischer und organisatorischer Geschlossenheit niemand rütteln dürfe. „Linke“ Worte, rechte Taten!

„Koalition in Sachsen nur dann“

Bei der Landespolitik, wo also die „Linken“ zu einer klaren Stellungnahme für oder gegen die Koalition genötigt sind, war der „linke“ Phrasologie ein enger Spielraum gelassen. In einer Entschließung erklären die Parteitage, „eine Koalition nur dann zuzustimmen (!), wenn eine Machterweiterung des Proletariats mit Sicherheit gewährleistet ist“. Nehme die Bourgeoisie eine solche Forderung jedoch ab, gelte es zur Landtagswahl zu rücken, „um die brutale Herrschaft der sächsischen Bourgeoisie zu brechen“. Man läßt sich also jede Tür offen. Auf der einen Seite Bereitschaft zur Koalition mit der trügerischen Phrasologie, daß es möglich sei, in einer Regierung der Bourgeoisie eine Machterweiterung des Proletariats zu sichern, auf der anderen Seite, wenn die Volkspartei bei ihrer ablehnenden Stellung bleibt, Landtagsauflösung, um bei den sozialdemokratischen Arbeitern die Illusionen ausnew zu wecken, ein sozialdemokratischer Wahlsieg würde im Interesse der Arbeiterkraft liegen.

Die heutige Landtags Sitzung wird bei Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages zeigen, daß die „Linken“ trotz all ihrer „linken“ Phrasen noch immer auf die Koalition mit der Volkspartei spekulieren.

„Alarmruf gegen den Faschismus“

Zuletzt wurden die Parteitage gekennzeichnet durch einen „Alarmruf gegen den Faschismus“. Die „linke“ Presse hat sich freilich bisher bemüht, die Ueberfälle faschistischer Markgrößen auf Arbeiter und die Abwehr der Arbeiter als „kommunistisches Kondotium“ zu erklären. Die SPD- und Reichsbannerarbeiter sind anderer Ansicht. Sie wollen die Faschisten nicht mit Phrasen, sondern in der Tat bekämpfen. Darum plötzlicher Alarmruf der „linken“ sozialfaschistischen Führer gegen den Faschismus, nachdem sie schon durch ihre Abstimmung für das Republikanische Gesetz dafür gezeigt haben, daß die revolutionären Organisationen des Proletariats, die den wirklichen Kampf gegen den Faschismus führen, unter Ausnahmezustand gesetzt werden.

Die beiden Parteitage der „linken“ SPD sind kein Kennzeichen zum Klassenkampf, sondern ein sozialfaschistisches Manöver, um die rebellierenden SPD-Arbeiter bei der Partei zu halten. Das seltsame Manöver gründlich militärisch: dafür müssen wir durch Propagierung und Organisation der roten Massenfront unter kommunistischer Führung sorgen.